

Hundstorfer/Leitner: Jeder 15 bis 16-Jährige soll über die Pflichtschule hinaus verpflichtend eine weitere Ausbildung machen

Utl.: Arbeitsmarkt in Niederösterreich entwickelt sich gut =

St. Pölten, - (OTS/SPI) - "Der erfreuliche Trend am niederösterreichischen Arbeitsmarkt setzt sich Ende Jänner fort. Die Zahl der unselbstständig beschäftigten NiederösterreicherInnen lag Ende Jänner 2011 nach einer ersten Schätzung des AMS Österreich bei 547.000, was eine Zunahme von insgesamt 3.000 gegenüber dem Vorjahr bedeutet", zieht Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer heute bei einer Pressekonferenz in St. Pölten gemeinsam mit NÖ-LHStv. Dr. Sepp Leitner eine erfreuliche Bilanz.

Seitens der Politik ist aber weiterhin ein aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gefordert. Im Jahr 2011 passiert dies beispielsweise über den Territorialen Beschäftigungspakt (TEP). "Über 60.000 NiederösterreicherInnen werden auch heuer von dieser Initiative für den niederösterreichischen Arbeitsmarkt profitieren. Konkrete Aktivitäten, die im Rahmen des TEP mit einem Budgetrahmen von rund 158 Millionen Euro für das Jahr 2011 vereinbart wurden, werden vor allem am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen zugutekommen. Das sind alleinverdienende oder alleinerziehende Frauen und jugendliche, behinderte und langzeitarbeitslose sowie ältere NiederösterreicherInnen, gering qualifizierte Personen und - seit 2010 neu als Zielgruppe - BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung", so Hundstorfer.

Aufhorchen ließ der Minister mit einer klaren Forderung betreffend Bildung und Qualifikation, die über die bisher freiwillige Ausbildungsgarantie für Jugendliche durch die Bundesregierung hinausgeht. Hundstorfer: "Mit geht die freiwillige Ausbildungsgarantie zu wenig weit. Ich denke, dass jeder 15 bis 16-Jährige über die Pflichtschule hinaus verpflichtend eine weitere Ausbildung machen soll, um die Qualifikationserfordernisse auch in Zukunft erfüllen zu können. Nur das kann sicherstellen, dass alle bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden."

Sehr erfreut zeigt sich Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sepp Leitner über die Ausweitung des "Mikrokredit-Programms" auf Niederösterreich. "Der Mikrokredit

des Sozialministeriums hilft tragfähige Geschäftsideen in die Tat umzusetzen und stellt Einzelpersonen bis zu 12.500 Euro, Personengesellschaften bis zu 25.000 Euro zur Verfügung. Zur Zielgruppe zählen u.a. beschäftigungslose oder von Beschäftigungslosigkeit bedrohte Personen, am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen, von Armut betroffene oder bedrohte Personen sowie Menschen mit erschwertem bzw. ausgeschlossenen Zugang zum klassischen Kreditmarkt", so Leitner, der auf den Erfolg dieses Programms verweist. Leitner: "Alle Personen, die bisher in den Bundesländern Wien und Steiermark an diesem Programm teilgenommen haben, sind noch in der Selbstständigkeit, es gab bisher kein einziges Scheitern." Die Antragstellung zu einem Mikrokredit verläuft unbürokratisch: Interessenten wenden sich über die Hotline 0800 - 800 807 sowie per e-mail an dermikrokredit@oesb.at an die ÖSB Consulting GmbH. Weitere Informationen finden sich auf dem Webportal: www.dermikrokredit.at.

Leitner hob weiter die Wichtigkeit des Ausbaus Überbetrieblicher Lehrwerkstätten für die Jugend sowie spezieller Schwerpunktprogramme hervor. Dazu gehört auch die Ausweitung der Initiative "Frauenberufszentrum", welches bisher in Schwechat als Pilotprojekt geführt wird, auf Wiener Neustadt und St. Pölten. "Ziel dieses Projekt ist die Qualifizierung und Entwicklung von Laufbahnperspektiven für Frauen, ein rascher Einstieg in passende Bildungsangebote, eine durchgehende Beratung und Begleitung sowie die Vermeidung von Abbrüchen und die Verbesserung der Arbeitsplatzchancen mit einer praxisorientierten Ausbildung durch Kooperation mit Unternehmen. Die Qualifizierung von Frauen ist auch eine wichtige Voraussetzung zur Schließung der Einkommensschere", so Leitner.

Zu Beginn des europäischen Jahres der Freiwilligen kündigt Sozialministers Rudolf Hundstorfer einige bundespolitische Initiativen an. "Noch im Jahr 2011 soll ein Freiwilligengesetz geschaffen werden, um jenen drei Millionen Österreicherinnen und Österreichern, die sich ehrenamtlich engagieren, mehr Rechtssicherheit zu geben. Freiwilliges Engagement braucht 'verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen' und hierzu sind noch eine Reihe von Punkten zu klären. Es gibt ein Bündel von Fragen, die wir in einen gewissen Rechtsrahmen bringen wollen", so der Sozialminister. Koordiniert werden alle österreichischen Aktivitäten des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeiten im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. (Schluss) fa

Rückfragehinweis:

SPNÖ-Landesregierungsfraktion/SPNÖ-Landtagsklub

Mag. Andreas Fiala, Pressesprecher LHStv. Dr. Sepp Leitner

Tel.: 02742/9005 DW 12794, Mobil: 06642017137

mailto:andreas.fiala@noel.gv.at

www.noe.spoe.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/193/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0159 2011-02-18/12:37

181237 Feb 11

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110218_OTS0159